



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

37. hét

2019.09.09.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Heute endet der Zeitraum für das Aufstellen von Kandidaten zu den Kommunalwahlen:*

In mehr als 3.100 Städten und Gemeinden läuft am heutigen Montag die Frist für die Nominierung von Kandidaten für die am 13. Oktober anstehenden Kommunalwahlen ab. Die größte Aufmerksamkeit richtet sich auf Budapest und die Komitatshauptstädte, wo im Vergleich zum übrigen Lande mit einem schärferen Wettbewerb zu rechnen sein wird. Die Wahl des Budapester Oberbürgermeisters wird zwischen drei relevanten Kandidaten entschieden, wobei sich das Duell Tarlós-Karácsony zuspitzt.

Wirtschaftspolitik – *Die Familienzuschüsse können auch künftig weiter zunehmen:*

Seit 2010 wendet die Regierung nahezu 1.300 Milliarden Forint mehr für fachpolitische Maßnahmen auf; um die demographischen Prozesse und Trends umzukehren, bedarf es jedoch weiterer Maßnahmen. Grundlage der Politik der Familienwohlfahrt ist ein günstiges wirtschaftliches Umfeld, wie es in Ungarn zunehmend mehr gewährleistet ist.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Am Dienstag gibt Ursula von der Leyen die Mitglieder ihrer Kommission bekannt:*

Die am ersten Novembertag ihr Amt antretende neue Europäische Kommission soll – wie es Ursula von der Leyen ganz zu Anfang formulierte – weiblichen und männlichen Politikern zu gleichen Anteilen Arbeit geben. Die Personen der Kandidaten für die Ämter der Kommissare sind mittlerweile bekannt, die ihnen jeweils zugeordneten Portfolios können sich aber noch erheblich verändern. Die Präferenzen der ungarischen Regierung sind eindeutig.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Die Regierungsparteien verfügen über mehr als 3 Millionen Sympathisanten:*

Seit Januar 2018 stehen ununterbrochen mindestens 3 Millionen Menschen hinter der Politik von Fidesz-KDNP, woraufhin die seit 2010 im Amt befindliche Koalition bei Wahlen am kommenden Sonntag 53 Prozent der Stimmen und somit erneut eine absolute Mehrheit einfahren würde. Der Rückstand der einzelnen Oppositionsparteien ist beträchtlich, die nur vereinzelt ihr Anhängerlager ausweiten konnten, was aber auch jeweils zu Lasten anderer Parteien des Oppositionslagers geschah.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

HEUTE ENDET DER ZEITRAUM FÜR DAS AUFSTELLEN VON KANDIDATEN ZU DEN KOMMUNALWAHLEN

In mehr als 3.100 Städten und Gemeinden läuft am heutigen Montag die Frist für die Nominierung von Kandidaten für die am 13. Oktober anstehenden Kommunalwahlen ab. Die größte Aufmerksamkeit richtet sich auf Budapest und die Komitatshauptstädte, wo im Vergleich zum übrigen Lande mit einem schärferen Wettbewerb zu rechnen sein wird. Die Wahl des Budapester Oberbürgermeisters wird zwischen drei relevanten Kandidaten entschieden, wobei sich das Duell Tarlós-Karácsony zuspitzt.

In den 23 Stadtbezirken von Budapest werden die Wähler am 13. Oktober in 293 Wahlkreisen und 1.447 Abstimmungsorten unter den Kandidaten entscheiden können. Bei der letzten Kommunalwahl im Jahre 2014 stimmten die meisten Wähler im 11. Stadtbezirk ab (111.000), die wenigsten im 24. Stadtbezirk (18.000). In der Hauptstadt traten vor fünf Jahren insgesamt 136 Kandidaten für die Ämter der Bürgermeister sowie mehr als 1.600 Kandidaten in den einzelnen Wahlkreisen an. Mit anderen Worten gab es je Stadtbezirk im Durchschnitt 5 Bürgermeisterkandidaten, die Opposition erwies sich also bei weitem zersplitterter, als sie wahrscheinlich dieses Mal antreten wird. Die Oppositionsparteien verfolgten dieses Mal nämlich jene Strategie, sich ausgehend vom Ergebnis der Europawahlen und unter Berücksichtigung der Chancen früher angetretener Kandidaten in Budapest und anderen Städten hinter jeweils nur einem Kandidaten aufzustellen. Das gemeinsame Antreten wird dieses Mal deshalb machbar, weil die DK und die Momentum-Bewegung den bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ausgesprochen schlecht abschneidenden übrigen Oppositionsparteien (Jobbik, MSZP-P, LMP) erfolgreich vermitteln konnten, dass die Ergebnisse vom 26. Mai die realen Kräfteverhältnisse widerspiegeln. Aus diesem Grunde stellt die LMP in keinem einzigen Stadtbezirk der Hauptstadt einen eigenständigen Kandidaten für ein Bürgermeisteramt auf, die Jobbik auch nur im 5. Stadtbezirk. Das Ausmaß der Bereitschaft von Wählern, für andere Parteien zu stimmen, ist fraglich, doch kann eingeschätzt werden, dass dieses Mal mit einem knapperen Einlauf als noch 2014 gerechnet werden muss.

Den Wettbewerb hinsichtlich der Popularität der Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters führt unverändert István Tarlós an: Die Zahl der gegen ihn antretenden Kandidaten hat zugenommen,

wobei unter den ernstzunehmenden Herausforderern allein Gergely Karácsony und Róbert Puzsér zu nennen sind. Gergely Karácsony zeigt sich ausgesprochen aktiv auf den eigenen Plattformen in den Sozialmedien, während er die Ergebnisse seiner Stadtführung in Zugló sehr wenig kommuniziert. Der einzige Grund dafür besteht darin, dass er seit 2014 nur wenige Resultate vorweisen kann, die ihn mit den fachlichen und persönlichen Kompetenzen ausstatten würden, um den Sitz des Oberbürgermeisters einnehmen zu können. Die Befähigung von István Tarlós zur Führung der Stadt würdigt derweil selbst noch ein Teil der Sympathisanten des Oppositionslagers.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE FAMILIENZUSCHÜSSE KÖNNTEN KÜNFTIG WEITER ZUNEHMEN

Auf dem III. Budapester Demographischen Gipfel versuchten die Teilnehmer neue Ideen zu finden, um das ungarische System der Familienförderung künftig noch auszuweiten und Entwicklungsrichtungen zu definieren. Die verschiedenen Ansätze heben in Verbindung mit den künftigen Maßnahmen auf jeden Fall die Leistungsstärke der ungarischen Wirtschaft als notwendiges Fundament hervor.

Wenngleich sämtliche Maßnahmen des früher bekanntgegebenen Aktionsplans zum Schutz der Familien mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in Kraft treten, wird im Fokus der demographischen Politik der ungarischen Regierung auch weiterhin die Einführung von Maßnahmen auf wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene stehen, mit denen zum Kinderkriegen angeregt werden soll. Ministerpräsident Viktor Orbán bezeichnete die Fortsetzung dieser demographischen Politik als Staatsziel und Aufgabe seiner Regierung, wofür gute wirtschaftliche Fundamente unabdingbar sind. Die ungarische Wirtschaft schneidet seit 2010 vorteilhaft ab, was dazu führte, dass sich die Haushaltsmittel für Familien in den letzten beiden Legislaturperioden verdoppeln konnten. In Zahlen ausgedrückt heißt das, dass Eltern dank des familienfreundlichen Steuersystems in den vergangenen acht Jahren im Großen und Ganzen 1.900 Milliarden Forint an Vergünstigungen auf Steuern und Abgaben in Anspruch nehmen konnten. Auch die aktuelle Lage stimmt zuversichtlich: Im zweiten Quartal 2019 legte das Wirtschaftswachstum weiterhin dynamisch, um 5,2 Prozent zu, während nicht einmal die schwärzesten Prognosen eine Konjunkturflaute oder gar Rezession wie 2008 geschehen vorhersagen.

Die künftigen wirtschaftspolitischen Pläne sind ebenfalls ehrgeizig: Der Ministerpräsident wünscht, dass sich das ungarische Wirtschaftswachstum bis 2030 Jahr für Jahr gemessen am BIP um mindestens 2 Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Wachstum in der Gemeinschaft bewegen soll. Im Zentralhaushalt werden 2020 gleich 1.293 Milliarden Forint mehr für die Förderungen der Familien zur Verfügung gestellt, als noch 2010, während in den Zielstellungen eine fortlaufende Anhebung dieser Beträge vorgesehen ist. Beim Aktionsplan zum Schutz der Familien handelt es sich nämlich um eine erfolgreiche und vorteilhafte Konstruktion: Bis zur vorigen Woche beantragten mehr als 36.000 Familien eine der neuen Förderformen. Den Babyboomkredit beantragten bereits mehr als 23.000 junge Paare, den Zuschuss zum Autokauf für Großfamilien wünschten 11.000 Antragsteller, und auch bezüglich des Erlassens von Hypothekendarlehen für Familien mit Kindern steigt das Interesse laufend.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

AM DIENSTAG GIBT URSULA VON DER LEYEN DIE MITGLIEDER IHRER KOMMISSION BEKANNT

Die zur Präsidentin der Europäischen Kommission gewählte Politikerin wird am Dienstag die Kandidaten für die Ämter der Kommissare vorstellen, über deren Person nebst zugehörigem Arbeitsbereich das Europäische Parlament abstimmen wird. Die Namensliste der Kommissare ist bekannt, nachdem vergangene Woche auch Italien den eigenen Kandidaten benannte, wohingegen die Verteilung der Portfolios noch einige Überraschungen mit sich bringen kann.

Zwar nimmt die Europäische Kommission unter Führung von der Leyens erst am 1. November offiziell ihre Tätigkeit auf, die beiden wichtigsten Fragen in der bis dahin verbleibenden Zeit lauten jedoch, wer die Mitglieder in der Kommission sein und welche Arbeitsbereiche ihnen zugeordnet werden. Unter den durch die Mitgliedstaaten nominierten Kommissaren finden sich 12 Frauen und 15 Männer. Rumänien bot Ursula von der Leyen gleichzeitig einen männlichen und einen weiblichen Kandidaten an, die Briten nominierten wegen des geplanten Austritts aus der EU keinen Kandidaten. Die Mehrheit der Kandidaten wird durch die Europäische Volkspartei (EVP) gestellt, die bei der Europawahl am erfolgreichsten abschneiden konnte: Allein diese Parteienfamilie dürfte 9 Kommissare entsenden und stellt zudem die Präsidentin der Kommission. Über konkret offerierte

Portfolios verfügen bislang die Kandidaten Österreichs, Johannes Hahn (Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik), Spaniens, Josep Borell (Vizepräsident, EU-Außenbeauftragter), Dänemarks, Margrethe Vestager (Wettbewerbspolitik), Lettlands, Valdis Dombrovskis (Euro), Bulgariens, Mariya Gabriel (digitale Entwicklung und Wirtschaft), sowie Tschechiens, Vera Jourová (Justiz und soziale Gerechtigkeit). Die ursprünglich für diese Politiker vorgesehenen Portfolios können noch erheblichen Veränderungen unterliegen. Das trifft erst recht im Spiegel jener Aussage zu, wonach die neue Kommissionspräsidentin nicht die Mühe scheuen wird, notfalls neue Kandidaten von den Mitgliedstaaten einzufordern, damit die Parität zwischen Frauen und Männern in ihrer Kommission gewährleistet werden kann.

In Verbindung mit dem ungarischen Kandidaten László Trócsányi sind die Präferenzen der Regierung eindeutig: Die Aufgabengebiete EU-Erweiterung bzw. internationale Beziehungen finden sich unter den gesteckten Zielen, doch können auch abweichende Aufgaben in Frage kommen, was von der Neuverteilung der von Seiten anderer Mitgliedstaaten gewünschten Portfolios abhängen wird. Der Posten des Kommissars für die EU-Erweiterung wäre für die ungarische Regierung auch deshalb von Belang, weil Fidesz-KDNP und ganz persönlich Viktor Orbán seit dem ungarischen Beitritt zur Europäischen Union für deren fortgesetzte Erweiterung und nicht für eine Politik der alles Bisherige außer Kraft setzenden Vertiefung der Integration eingetreten sind.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DIE REGIERUNGSPARTEIEN VERFÜGEN ÜBER MEHR ALS 3 MILLIONEN SYMPATHISANTEN

Seit Januar 2018 stehen stabil mehr als 3 Millionen Menschen hinter der Politik der Regierungsparteien; in diesem Trend konnten weder die Parlamentswahlen vom Vorjahr noch die diesjährigen Wahlen zum Europäischen Parlament eine Veränderung herbeiführen. So wie zuletzt im Mai würde die Regierungskoalition laut einer Meinungserhebung des Nézópont-Instituts mittels persönlicher Befragung von 5.000 Personen auch bei Wahlen am kommenden Sonntag wieder 53 Prozent der Stimmen erlangen. Das Popularitätsdefizit der Oppositionsparteien fällt ins Auge: Auf die Regierungskoalition folgen DK und Momentum (mit jeweils 11 Prozent), wobei schon deren Rückstand in Hinsicht auf die wahrscheinlichsten Listenergebnisse mehr als 40 Prozentpunkte

erreicht. Der Kreis der Jobbik-Sympathisanten ist weiter geschrumpft (8 Prozent), das Linksbündnis MSZP-P (mit 6 Prozent) entfernt sich derweil immer mehr von jenen 10 Prozent, die man für den Wiedereinzug ins Parlament benötigen würde. Im Kreis der Gesamtbevölkerung würden Fidesz-KDNP 41 Prozent erzielen, während DK und Momentum auf jeweils 7 Prozent kämen, die Jobbik auf 6 und MSZP-P auf 5 Prozent.

DIE FÜHRENDE POSITION VON ISTVÁN TARLÓS STEHT AUSSER FRAGE

Hauptsächlich liberale Medien und Oppositionspolitiker versuchen in fälschlicher und irreführender Weise zu belegen, dass die Daten bezüglich der Regierungsparteien, die auf Landesebene aus Meinungsumfragen gewonnen wurden, mit den Popularitätswerten der in Budapest um das Oberbürgermeisteramt antretenden Kandidaten in einen Topf geworfen werden können. Die Kernaussage der Botschaft der Opposition lautet, dass István Tarlós in der Hauptstadt im Gegensatz zu den früher durch das Nézőpont-Institut erfassten Daten nicht populärer als der Fidesz sei, nachdem die größere Regierungspartei landesweit bei 53 Prozent stehe, genauso wie István Tarlós in Budapest. Diese Aussage ist jedoch inkorrekt, denn bei den Europawahlen im Mai erzielten die Regierungsparteien in Budapest 41 Prozent, wohingegen István Tarlós im Kreis der Budapester Bürger Sympathiewerte jenseits von 50 Prozent vorweisen kann. Laut der jüngsten Umfrage des Nézőpont-Instituts in Budapest unterstützen István Tarlós im Wettstreit um das Amt des Oberbürgermeisters gleich 52 Prozent der sicheren Wähler, zumal die Beurteilung der Erfolgsaussichten des amtierenden Stadtvaters günstig ausfällt, nachdem gleich 43 Prozent der Sympathisanten des linken Lagers mit dem Sieg von Tarlós und nur 41 Prozent mit dem Triumph des Kandidaten der Oppositionsparteien rechnen. Der Oberbürgermeister führt darüber hinaus auch in Hinsicht auf die Beurteilung seiner Eignung (56 Prozent sehen ihn als geeignet an, die Hauptstadt zu führen), wobei der Rückstand der Herausforderer Gergely Karácsony (32 Prozent) und Róbert Puzsér (11 Prozent) in dieser Frage beträchtlich ist.

PROGNOSE

- Am 16. September findet das Verfahren gegen Ungarn nach Artikel 7 mit einer offiziellen Anhörung seine Fortsetzung. Während die Abgeordnete Judith Sargentini, die früher die Lage der ungarischen Rechtsstaatlichkeit wiederholt kritisierte, nicht länger dem Europäischen Parlament angehört, kann das politisch motivierte Verfahren dank ihres Berichts fortgeführt werden.

Die finnische Justizministerin Anna-Maja Henriksson gab vergangene Woche bekannt, dass der Rat für Allgemeine Angelegenheiten am 16. September seine nächste, im Übrigen vorschriftsgemäße offizielle Anhörung vornehmen wird. Dabei sollen die Außenminister der Mitgliedstaaten die Lage der ungarischen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie diskutieren und auch Ungarns Standpunkt anhören. Finnland bekleidet bis zum 31. Dezember die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union und hat unter den Programmpunkten an erster Stelle die Angelegenheiten einer Stärkung der gemeinsamen Werte und der Rechtsstaatlichkeit benannt. Das auf dem Sargentini-Bericht basierende Verfahren erscheint jedoch außerordentlich fragwürdig, nachdem weder die Abstimmung über den Bericht noch dessen Inhalt rein juristisch betrachtet ernst genommen werden können. Die neue Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, bat in einem früheren Interview um die Aussetzung dieser und ähnlicher, politisch motivierter Attacken:

„Wenn wir die Debatten so scharf führen, wie wir sie führen, trägt das auch dazu bei, dass Länder und Völker glauben, sie seien im Ganzen gemeint, wenn einzelne Defizite kritisiert werden. Es ist mir wichtig, die Debatten zu versachlichen... Wir alle müssen lernen, dass volle Rechtsstaatlichkeit immer unser Ziel ist, aber keiner ist perfekt. Von diesem Ausgangspunkt müssen wir Lösungen finden.“